

Stellungnahme der CDU Gemeinderatsfraktion zu Haushalt 2010  
der Stadt Sinsheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Geinert, Herr Bürgermeister Kessler,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, meine Damen und Herren,

ich kann mich an Zeiten erinnern, da hat es mehr Spaß gemacht, Mitglied im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Sinsheim zu sein. Natürlich haben bei allen Haushaltsverabschiedungen die Kämmerer vor zu sorglosem Umgang mit den städtischen Finanzen gewarnt. Daran hatten wir uns eigentlich schon mehr oder weniger gewöhnt. Was sich jetzt und heute aber darstellt, ist neu.

Bei der Erstellung des Haushaltsplanes 2010 tun sich Abgründe auf. Alte Probleme, durch die gute Konjunktur der letzten Jahre überdeckt, treten jetzt in der Krise wieder in voller Schärfe zutage. Die Stadt lebt über ihre Verhältnisse.

Wie konnte es soweit kommen?

Aus der Gewohnheit heraus sind viele lieb gewonnene und teure Dinge nicht aufgegeben worden. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich für alles eine Lobby findet.

In manchen Bereichen mussten extreme Kostensteigerungen verkraftet werden. Beispielsweise stiegen die Personalkosten des städtischen Haushalts in sechs Jahren um über drei Million Euro. Waren es 2004 noch 12,065 Mio. Euro, so sind es in diesem Haushalt über 15 Mio. Euro. Das bedeutet eine Steigerung von 25,8 %. Während die tarifliche Steigerung in dieser Zeit insgesamt nur etwa 8 % ausmachte, ist die Ursache für diese Kostenexplosion eindeutig in der Personalvermehrung zu suchen.

In der Not sind alle Fraktionen zusammengedrückt. Dies zeigt aber meines Erachtens auch, dass wir bei den vorliegenden Sachverhalten jeden vorhandenen Spielraum und jede Möglichkeit des Handelns nutzen mussten.

Gemeinsam mit der Verwaltung konnten in vielen Sitzungen das Defizit des Verwaltungshaushaltes von der Einbringung des Haushaltes durch den Oberbürgermeister um knapp 2 Mio. Euro von 7.5 Mio. Euro auf 5.6 Mio. Euro gesenkt werden.

Ein großes, nicht neues Problem stellt dar, dass Bund und Länder Gesetze beschließen und deren Umsetzung durch die Kommunen verlangen, aber nicht bereit sind, die nötigen Finanzmittel dafür bereit zu stellen. Leider gilt hier immer noch nicht der Grundsatz „Wer bestellt, der bezahlt.“

Das Zauberwort heißt jetzt „sparen“. Schon jedes Kind lernt, was sparen wirklich bedeutet: Es steckt über längere Zeit Münzen und Scheine in ein Sparschwein, das irgendwann geschlachtet wird. Das Geld kommt dann entweder aufs Konto – oder wird ausgegeben, um sich notwendige Anschaffungen oder Wünsche zu erfüllen. Sparen heißt also: Geld, das man besitzt, nicht auszugeben, sondern für später zurückzulegen.

In der Politik, das muss ein Gemeinderat erst lernen, heißt sparen: Geld, das man nicht hat, trotzdem großzügig auszugeben und später an anderer Stelle wieder einzusammeln. Das Einzige, was angespart wird, sind gigantische Schulden für die kommenden Generationen. Der Druck auf Verwaltung und Gemeinderat, die allgemeinen Kosten zu reduzieren, bleibt hoch.

Wir haben nicht nur unsere Rücklagen aufgebraucht, sondern machen zu den 7 Mio. Euro Schulden des Jahres 2009 in diesem Jahr noch zusätzliche 10 Mio. Euro Schulden.

Drastisch zeigt sich dementsprechend die Situation bei der pro Kopfverschuldung unserer Bürger. Bei den Stadtwerken stieg die Zahl von 1543 Euro auf 1564 Euro Schulden pro Kopf nur geringfügig an. Anders sieht es beim Kernhaushalt aus. Hier stieg die Zahl um 65% von 423 Euro auf 696 Euro pro Einwohner. Das bedeutet also für jeden Sinsheimer, vom Neugeborenen bis zum Greis, eine Verschuldung von 2260 EURO.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

mit der heutigen Verabschiedung des Haushaltes 2010 ist für die CDU-Fraktion die Arbeit keinesfalls erledigt. Die zentralen Fragen stehen weiter im Raum:

1. Wie können wir die städtischen Ausgaben auf Dauer reduzieren?
2. Wie können wir für die Stadt neue oder mehr Einnahmen erschließen?

In der neu ins Leben gerufenen Haushaltskommission ist es nicht damit getan, kleinere Korrekturen vorzunehmen. Jetzt sind auch unkonventionelle Maßnahmen gefragt. Wir müssen uns gleichzeitig von lieb gewordenen und oft durchaus sinnvollen Traditionen verabschieden. Die Frage wird nicht sein, was wollen wir uns leisten, sondern was können wir uns noch leisten. Das heißt, wir müssen jetzt ans Eingemachte.

Dabei dürfen wir jedoch nicht den Fehler machen, mit dem Rasenmäher über alle städtischen Einrichtungen hinwegzufegen.

Einen positiven Aspekt kann man den ganzen Sparbemühungen abgewinnen. Vielleicht gelingt es uns, den Auftragsstau, den wir vor uns her schieben, etwas zeitnaher abzarbeiten.

Bei der Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs für 2010 mussten wir markante Einnahmerückgänge zur Kenntnis nehmen: Bei der Gewerbesteuer von 16,2 Mio. im Jahr 2008 auf geschätzt 11 Mio. für das Jahr 2010 und beim Anteil an der Einkommensteuer um 34% auf 10,673 Mio. Euro

Die Personalkostenentwicklung bereitet uns wie bereits erwähnt erhebliche Sorgen. Im Haushaltsplanentwurf für 2010 wird für diesen Bereich mit 15.175.300 Millionen Euro ein Spitzenwert erreicht. Wir sind jetzt in der paradoxen Situation, dass wir wesentlich mehr Personal haben, aber gleichzeitig auf Grund der Haushaltssituation wesentlich weniger Maßnahmen umsetzen. Zu weiteren Personalerhöhungen ohne interne Ausgleichsmaßnahmen sind wir nicht mehr bereit.

Zur Steuerung der Personalkostenentwicklung können wir uns auch eine erneute Stellenbesetzungssperre vorstellen, so unpopulär diese Maßnahme auch wäre. Wir fühlen uns in unserer kritischen Haltung bezüglich der Personalmehrung voll bestätigt und werden in Zukunft unsere Kontrollfunktion noch konsequenter wahrnehmen.

Gleichzeitig fordern wir die Verwaltung auf, kritisch zu überprüfen, von welchen Aufgaben und damit auch von welchem Personal wir uns künftig lösen können. Im Klartext: Wir müssen uns fragen: „Was können andere vielleicht besser und günstiger erledigen als städtische Einrichtungen?“ Das soll sicher kein Einstieg ins Lohndumping sein, aber unsere Kostenstruktur und Effizienz ist sicher in manchen Bereichen mit dem freien Markt nicht konkurrenzfähig. (z.B. Bauhof)

Die Verwaltung muss also ihre Kraft auch dahin gehend einsetzen, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Personalkosten eingespart werden können. In Zeiten, in denen die schon hohen Gewerbesteuervorhersagen regelmäßig am Ende des Jahres durch die tatsächlichen Einnahmen noch übertroffen wurden, sind vermutlich für absehbare Zeit vorbei. Wir können also nicht einfach so weitermachen. Die Folgekosten von Investitionen und die Personalkosten wachsen uns über den Kopf. Vernünftiger Personalabbau – vermutlich mit Aufgabenreduzierung heißt das Gebot der Stunde – und nicht Personalzuwachs.

Wir verkennen dabei nicht, dass die Arbeitsbelastung bei vielen Mitarbeitern der Verwaltung hoch ist. So manches Mal sieht man zu unüblicher Zeit im Rathaus noch das Licht brennen.

Meine Damen und Herren,

sehr erfreulich für unsere Bürgerinnen und Bürger ist, dass die Steuersätze für die Grundsteuer, Gewerbesteuer und den Wasserzins unverändert bleiben.

In Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise macht es für uns keinen Sinn, durch die Erhöhung der Gewerbe- oder der Grundsteuersätze das Defizit zu schließen. Diese müssten exorbitant hoch steigen und sind in der jetzigen Zeit weder unseren Bürgerinnen und Bürgern, noch unseren Firmen zuzumuten. Wie lange wir dies jedoch durchhalten können, wird die zukünftige Finanzentwicklung zeigen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sie haben für die nächste Zeit eine Immobilienbörse angekündigt, in der sich die Stadt von etlichen ihrer Immobilien trennen will.

Vom Prinzip her sind wir hier auf einer Linie. Allerdings müssen wir die zu veräußernden Objekte vorher gemeinsam gründlich untersuchen. Zum einen dahingehend, ob die Stadt nicht doch noch irgendwann Verwendung dafür hat und zum zweiten, ob eine Vermietung nicht effektiver ist. Das Tafelsilber ist schnell verkauft und verkaufen kann man nur einmal. Dabei ist natürlich die gegenwärtige Immobilien-Marktlage zu berücksichtigen.

Es gibt auch Anzeichen, dass man bei den Mietkosten für manche Objekte nicht unbedingt auf der Höhe der Zeit ist. Dies gilt es zu bereinigen.

Viel Zeit in der Arbeit der Verwaltung und des Gemeinderates nimmt seit geraumer Zeit der Bereich der Bäder ein. Habe ich bei der letzten Haushaltsrede die Auslagerung der Bäder in die Stadtwerke wegen des Steuerlichen Querverbundes begrüßt, so der Vorteil aus der Verrechnung der Defizite im Bäderbereich mit dem Gewinn bei den Stadtwerken in weite Ferne gerückt.

Für unsere interessierte Bevölkerung kann ich für die CDU Fraktion leider noch keine klare Aussage zur weiteren Entwicklung im Bereich der Hallenbäder machen. aber so viel ist sicher: Wir werden keinen Weg mitgehen, der hinsichtlich der Verschuldung und der sonstigen Risiken wie einer Heimfallregelung für uns nicht überschaubar ist.

Die bundesweite Euphorie über PPP - Modelle ist deutlich abgeebbt. Viele Beispiele haben gezeigt, dass es nicht funktioniert, wenn man öffentliche Verwaltung und privates Unternehmertum vor einen Karren spannt.

Hinsichtlich des Freibades möchte ich das bereits mehrfach abgelegte Bekenntnis unserer Fraktion erneuern: Wir sind für den Erhalt des Freibades in seiner jetzigen Form. Allerdings tragen wir auch eine Erhöhung der Eintrittspreise mit. Dafür, so sind wir sicher, gibt es bei unseren Bürgern fast einhellig Verständnis. Wir sind gespannt, welche Vorschläge die Verwaltung uns in einer der nächsten Sitzungen macht.

Gespannt sind wir auch auf die neue Gebührenordnung im Bereich des Bestattungswesens. Hier möchte ich aber schon heute für die CDU Fraktion sagen. Der Kostendeckungsgrad von 75% ist für uns die Obergrenze.

Sehr geehrte Damen und Herren,

anscheinend ist der Sparwillen noch nicht bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angekommen. Äußerungen wie: „Es muss zur Möblierung des Untergeschosses passen“ oder „Man kann nicht die alten Möbel von hier mitnehmen“, wie sie zum Thema Umzug in das Technische Rathaus gefallen sind, passen nicht in die Spardiskussion. Der Kompromiss, diese Ausgaben mit einem Sperrvermerk zu versehen, war für uns der kleinste gemeinsame Nenner.

Und noch ein anderes Beispiel, klein aber vielleicht symptomatisch. Für eine Projektionsleinwand im Jugendhaus sollen 1700 EURO ausgegeben werden.

Eine Maßnahme des letzten Jahres hat sich auch in diesem Jahr bewährt. Die Budgetkürzung um 10 % bei den betroffenen Bereichen wird auch in diesem Jahr weiter umgesetzt. Dies sind immerhin 134.800 Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine herausragende Bedeutung hat für unsere Stadt ihre Funktion als Bildungsstandort.

Der Haushaltsplanentwurf für 2010 belegt diese Kernaussage.

Trotz der Finanzprobleme haben wir den mindestens 25% igen Eigenanteil für das Konjunkturpaket Infrastruktur der Bundesregierung vollständig für das Gmelin-Stadion eingesetzt.

Hier wird der Sanitär- und Umkleidetrakt für 715.000 € bei 363.081 € Zuschuss modernisiert.

Beim Konjunkturpaket Bildung wird die energetische Sanierung der Kraichgau-Realschule und des Wilhelmi-Gymnasium im Haushalt 2010 umgesetzt. Bei rund 1,5 Mio. Euro Zuschuss haben wir den geforderten 25 % igen Eigenanteil weit überschritten. Obwohl uns die Eigenmittel in Höhe von zusammen über 2,8 Mio. € nicht leicht gefallen sind, sehen wir diese Ausgaben im Schulbereich als Investitionen in die Zukunft, Ausgaben, die sich durch die Einsparung im Energiebereich zumindest teilweise amortisieren.

Keiner von uns weiß, wie sich der Energiemarkt weiterentwickelt, und so ist Energieeinsparung immer noch die beste Maßnahme, sowohl finanz- als auch umweltpolitisch.

Für die Betreuung an den Schulen mit Schulsozialarbeit, Kernzeitbetreuung und Hort sind 2010 insgesamt 3.994.000 € vorgesehen. Das ist gegenüber 2009 eine Steigerung um 37.000 €. An Investitionen gehen über 3 Millionen € in unsere Schulen.

Auch bei der Umsetzung des Konzepts der Werkrealschule halten wir es für richtig, auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort einzugehen. Leider ist es nicht möglich, die Schule am Großen Wald in Hoffenheim als Hauptschule zu erhalten. Mit zwei Werkrealschulen, eine in Sinsheim als Ganztageschule und eine in Steinsfurt als Regelschule, sind wir gut aufgestellt. Hier müssen wir auch dem Rückgang der Schülerzahlen Tribut zollen.

Vor diesem Hintergrund müssen wir die anderen Schulen so aufstellen, dass wir eine spürbare Summe an Unterhaltskosten und notwendigen Investitionen einsparen. Eine logische Konsequenz daraus kann auch die Veräußerung alter Schulgebäude sein.

Der Umbau des Schulsystems – die neue Kultusministerin wird wohl eher formulieren „Weiterentwicklung“ – wird uns in der Zukunft sicher noch die eine oder andere Überraschung bescheren. Hört man doch von verschiedenen Seiten, dass die Schulsozialarbeit deutlich ausgebaut werden soll, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der jüngsten AMOK-Taten. Schulsozialarbeit ist zweifellos eine wichtige Sache, aber wie die erste Hälfte des Wortes „Schulsozialarbeit“, schon sagt, gehört dieser zur Schule und damit auch in die Verantwortung des Landes und nicht der Kommunen.

Die Förderung der Kindergärten wird massiv um 674.000 € auf 5.883.000 € erhöht. Bei knapp über 2 Mio. € Einnahmen liegt das Defizit in diesem Bereich bei über 3,8 Mio. €.

Die Angebote für die Betreuung der unter Dreijährigen, sowie die Ganztagesbetreuung sind richtig und sinnvoll und mit Sicherheit noch nicht das Ende der Fahnenstange. Hier hat sich unser Mischung aus kommunalen, kirchlichen und privaten Betreibern als gesund herausgestellt.

Bei der Umsetzung der neuen Orientierungsstufe erwarten wir von Seiten des Landes verlässlichere Vorgaben und auch mehr finanzielle Unterstützung.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Stadt ihren Pflichtaufgaben im Bereich der Feuerwehr uneingeschränkt nachkommt.

Gleichwohl muss auch diese Entwicklung kritisch begleitet werden. Die Fragestellung muss immer lauten: Was ist tatsächlich nötig und finanzierbar und was wäre nur wünschenswert und sinnvoll?

Die Förderung der örtlichen Wirtschaft, der Erhalt und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen haben für uns oberste Priorität. Eine lebendige und funktionsgerechte Innenstadt bleibt dabei ein wichtiger Standortfaktor.

Die vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg zugesagten Finanzierungsmittel für Sanierungsmaßnahmen können einen wichtigen Beitrag für die Sanierung im Bahnhofsumfeld und die Revitalisierung der Neulandstraße leisten.

Gerade im Bereich Bahnhofsumfeld ist für uns Parkraum für die Pendler zurzeit wichtiger als das optische Erscheinungsbild unseres Omnibusbahnhofs.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sparopfer wurden die Stadthalle und die Stadtbücherei. So schön die Pläne für eine neue Bibliothek auch sind, im Moment fehlt ganz einfach das Geld dazu. Ähnlich sieht es bei der Stadthalle aus. Hier sind wir bereit, große Veranstaltungen auf Grund der Sicherheitsvorschriften einzuschränken.

Ein weiterer Schwerpunkt sollte das Angebot attraktiver und bezahlbarer Bauplätze sein, das sich an den Wünschen potentieller Häuslesbauer orientiert.

Vorrang muss dabei die Innenverdichtung haben, wenngleich auch die Ausweisung neuer Baugebiete nicht ganz ausgeschlossen werden sollte. Hier sind wir für eine maßvolle Ausweisung und unter Umständen auch für eine abschnittsweise Erschließung wie beim Hettenberg in Steinsfurt.

Auch im Bausektor, vor allem bei der Erschließung neuer Bau- und Gewerbegebiete erwarten wir, dass eine vernünftige, Folgekosten vermeidende Planung erfolgt. Das muss forthin den Erschließungsträgern ins Pflichtenheft geschrieben werden. Ich will nur die Stichworte Einheitlichkeit in der Wahl von „Stadtmöblierung und Beleuchtung“ „Auswahl der Oberflächen im Tiefbau“ nennen. Auch hier lassen sich durch eine vernünftige Standardisierung Einsparpotentiale erzielen.

Nicht vergessen dürfen wir dabei auch das Thema „Demographie Entwicklung“.

Unser Ziel muss eine generationengerechte Stadt sein - und zwar nicht nur beim Wohnen, sondern in allen Bereichen des Zusammenlebens.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe wir einen weiten Bogen der städtischen Aufgaben und Vorhaben gespannt. An dieser Stelle will ich für unsere Fraktion ausdrücklich erwähnen, dass viele kommunale Aufgaben ohne den engagierten Einsatz von ehrenamtlichen Kräften nicht möglich wären. Hier nennen wir beispielsweise die zahlreichen Vereine und die Kirchen. Deshalb möchte ich im Namen der CDU-Fraktion all den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für ihr Engagement danken.

Besonders auch im Bildungsbereich, insbesondere bei der Betreuung von Kindern, ergeben sich neue Aufgaben für ehrenamtlich Tätige. Hier wird in den Stadtteilen Beispielhaftes geleistet. Wir sollten darangehen, dies auch in der Kernstadt umzusetzen. Denn auch hier gibt es viele engagierte Eltern, das hat die Diskussion um die Hauptschule und das Bad in der Th.-Heuss-Schule gezeigt.

Unsere älter werdende Gesellschaft wird nicht ohne das Zutun der ehrenamtlichen Helfer auskommen. Besonders die Betreuung und Begleitung älterer Menschen werden uns in Zukunft vor neue Herausforderungen stellen. Ein positives Beispiel ist die vom Seniorenbeirat der Stadt initiierte Aktion „von Bürgern für Bürger“, die sich die ehrenamtliche Unterstützung für Seniorinnen und Senioren als Ziel gesetzt hat.

Deshalb ist es mir auch wichtig, darauf hinzuweisen: Trotz der gegenwärtigen Krise haben wir bei den Zuweisungen für Institutionen, Vereine und Verbände das Niveau unverändert hoch belassen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

trotz einer Senkung des Hebesatzes durch den Kreistag müssen wir in diesem Jahr Mehrausgaben für die Kreisumlage von 324.000 Euro verkraften, insgesamt sind es jetzt 11,744 Mio. €.

Gerade in Krisenzeiten sehen wir die Notwendigkeit, die Investitionstätigkeit zu halten, vor allem angesichts der Wirtschaftslage kann das Gewerbe Impulse gut gebrauchen.

Auch wenn es derzeit so scheint, dass die Talsohle in immer mehr Branchen und Bereichen erreicht ist, markiert der Haushalt 2010 für uns als Stadt wohl doch nur den Auftakt einer längeren Durststrecke. Es wird auch bei uns so sein wie bei der Konjunktur: Abwärts ging es im Fahrstuhl - aufwärts wohl eher mühsam über die Treppe.

So hat uns der Kämmerer auch für die Jahre 2011 ein Defizit von über 5 Mio. Euro und für die Jahre 2012 und 2013 von jeweils über 2 Mio. Euro vorausgesagt.

Deshalb darf es für uns ein einfaches „Weiter so“ nicht geben. Sinkenden Einnahmen dürfen gleich bleibend hohe oder sogar steigende Ausgaben gegenüberstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Mitglieder des Gemeinderates haben wir in gewisser Weise auch eine Fürsorgepflicht für unsere Verwaltung, vor allem für unser Duo an der Spitze. Hier machen wir uns in letzter Zeit ernsthaft Sorgen.

Deshalb haben wir eine Gepflogenheit unserer grünen Kollegen zu Eigen gemacht und wollen Ihnen beiden ein Präsent überreichen.

Ob beim Krematorium oder dem Gewerbegebiet in Sinsheim-Süd, um nur zwei Beispiele zu nennen, haben wir in letzter Zeit den Eindruck, dass man immer mehr ins Schwimmen kommt.

Damit Sie zukünftig wenigstens den Kopf über Wasser halten können, möchten wir Ihnen als Unterstützung zwei Schwimmhilfen überreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

angesichts der finanziellen Situation kommen die Stadtwerke in meiner Stellungnahme dieses Jahr etwas kürzer weg. Dies hat aber nichts mit einer geringeren Wertschätzung zu tun. Auch unsere Stadtwerke befinden sich in einer turbulenten Phase. Die Neuausrichtung ist auf dem Papier abgeschlossen und muss jetzt noch mit Leben gefüllt werden. Für die räumliche Neuorientierung sind die Entscheidungen ebenfalls gefallen, und wir sind gespannt, wie die Umsetzung aussehen soll.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die dafür sorgen, dass auch wir Gemeinderäte unsere Aufgaben erfüllen können. Ganz besonders unserem Kämmerer Herr Bender, dem ich von hier aus eine gute Genesung wünsche, seinem Stellvertreter Herr Landwehr, der das Ruder in einer sehr schwierigen Zeit übernehmen musste und der sich immer mehr als ein Glücksgriff erweist und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die Erarbeitung dieses Zahlenwerkes.

In diesen Dank möchte ich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der übrigen Verwaltung, der Stadtwerke, der Freiwilligen Feuerwehr, sowie allen ehrenamtlichen Kräften in Vereinen und Verbänden Sinsheims mit einschließen und uns auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit wünschen.

Die CDU Fraktion wird dem Haushalt der Stadt Sinsheim, sowie dem Bewirtschaftungsplan der Stadtwerke zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit